

# Saarlouis: Angeklagter im Mordfall Yeboah will Geständnis ablegen

Laura Weidig

[Saarland](#)

[Aus dem Gerichtssaal](#)

## Saarlouis: Angeklagter im Mordfall Yeboah will Geständnis ablegen

### **Ein „Ja, ich war’s“ reicht nicht Angeklagter im Yeboah-Prozess kündigt Geständnis an (Bilderstrecke)**

**Koblenz/Saarlouis · Im Prozess um den rassistischen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim 1991 in Saarlouis, bei dem der Ghanaer Samuel Yeboah verbrannte, will der Angeklagte Peter S. am Dienstag ein Geständnis ablegen – der 24. Verhandlungstag vor dem Oberlandesgericht Koblenz im Detail.**

08.05.2023, 14:26 Uhr 3 Minuten Lesezeit

Prozess im Mordfall Yeboah – Bilder aus dem Gericht

Foto: Laura Weidig/Saarbrücker Zeitung

War es Peter S., der als junger Neonazi in der Nacht vom 18. auf 19. September 1991 aus einem rassistischen Motiv heraus den Brand in der Saarlouiser Geflüchtetenunterkunft legte und damit Samuel Yeboah ermordete? Wer wusste davon, war eventuell sogar beteiligt? Antworten auf diese Fragen stellt die Verteidigung des Angeklagten nun für Dienstag, 9. Mai, in Aussicht: Strafverteidiger Guido Britz hat am Montag ein Geständnis des Angeklagten für den Folgetag angekündigt. Fragen des Gerichts oder anderer Prozessbeteiligter dazu wolle Peter S. indes nicht beantworten.

### **Gericht: Ein „Ja, ich war’s“ reicht nicht**

Das Gericht hatte Ende März einen Deal vorgeschlagen, und damit signalisiert, dass nach dem aktuellen Stand der Beweisaufnahme eine Verurteilung im Rahmen des Wahrscheinlichen ist. Ein formales Geständnis, also ein bloßes „Ja, ich war’s“, – das hat das Gericht bereits klargemacht – reiche allerdings nicht aus. Der Senat erwarte vielmehr ein sogenanntes qualifiziertes Geständnis. Sprich: Eines, das Täterwissen, Hintergründe und auch eventuelle Mittäter und -wisser offenbart. Bislang hatte Peter S. seine Tatbeteiligung stets bestritten.

Ungeachtet dieser Kehrtwende ist die Beweisaufnahme am Montag wie geplant fortgesetzt worden. Im Zeugenstand: Zwei Sozialarbeiter, die seinerzeit als Streetworker für die Neonazigruppe um den Angeklagten und den Anführer Peter S. zuständig waren. Keine leichte Aufgabe, wie beide unabhängig voneinander schildern. „Wer in Saarlouis tätig war, gewohnt oder gelebt hat, hat die Skinheads als dauerhafte Präsenz wahrgenommen“, erinnert sich der erste Zeuge. Er spricht von konkreten Morddrohungen aus der Szene gegen seine Person, von einer engen Vernetzung der Saarlouiser Neonaziszene mit Kadern und Organisationen des gesamten Bundesgebiets. „Kurios“, aber etwas, was für Saarlouis typisch gewesen sei, war, dass die Skinheadgruppe offenbar einen guten Draht zum Bürgermeister – dem Zeitraum nach müsste es sich dabei um Richard Nospers (SPD) gehandelt haben – gehabt habe, wie der Zeuge erzählt. So hätten sie bei Beschwerden innerhalb kürzester Zeit eine „Privataudienz“ beim Bürgermeister erhalten. „Keine andere Jugendgruppe hat das je geschafft.“

Wie es in dem Sozialarbeiterprojekt des Evangelischen Jugendwerks tagtäglich zugegangen sei, berichtet seine Kollegin. Vor der Tür des Jugendtreffs hätten organisierte Neonazikader Jugendliche zu rekrutieren versucht. Im Treff selbst seien positive Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus und die Shoah, ausgrenzende Äußerungen gegen Nichtdeutsche, extrem rechte Musik an der Tagesordnung gewesen. Wieso die nicht rausgeflogen wären, will Nebenklageanwältin Kristin Pietrzyk angesichts dieser Schilderungen stirnrunzelnd wissen. „Weil wir extra dafür rekrutiert wurden, um ein offenes Ohr für die zu haben. Die sollten von der Straße“, antwortet die Zeugin. Ziel des Projekts sei demnach gewesen, eine Anlaufstelle für die Skinheadgruppe zu sein, um „Dinge im Ansatz zu erkennen, bevor sie passieren“.

Nebenklagevertreter Alexander Hoffmann dazu: „Wir haben von der Zeugin gehört, dass das ganze Projekt nicht betrieben worden ist, weil man Hoffnung hatte, aus den Neonazis Demokraten zu machen. Man hatte die Hoffnung, dass man etwas mitkriegt, bevor es passiert, nämlich Gewalttaten. Es gab also zum Zeitpunkt dieses Jugendprojekts konkrete Befürchtungen, dass aus dieser Nazigruppe heraus schwere Gewalttaten resultieren können.“ Das sei, so Hoffmann, wichtig festzuhalten – „vor allem vor Hintergrund, dass hier teilweise von der Polizei gesagt wurde, es sei nicht so gewesen“.